

Erfurt, den 26. April 2012

Jugendpolitikerin Beate Meißner begrüßt neuen Vorstoß für
Warnschussarrest

Arrest weckt frühzeitig das Unrechtsbewusstsein junger Menschen

Erfurt – Der Bundestag soll den sogenannten Warnschussarrest zügig einführen. Dafür hat sich die jugendpolitische Sprecherin der Thüringer CDU-Landtagsfraktion, Beate Meißner, heute in Erfurt ausgesprochen. „Der Arrest ist ein wirksames pädagogisches Mittel, so früh wie möglich das Unrechtsbewusstsein jugendlicher Straftäter nachhaltig zu wecken“, so Meißner. Thüringen hat sich im Bundesrat bereits 2003 für die Möglichkeit des Warnschussarrests eingesetzt. Die daraus hervorgegangene Bundesratsinitiative war im Bundestag jedoch der Diskontinuität zum Opfer gefallen. Die Bundesregierung hat das Thema erneut aufgegriffen und dem Bundestag jetzt Formulierungshilfen für einen Gesetzentwurf an die Hand gegeben.

Künftig soll ein Jugendarrest neben einer Jugendstrafe auf Bewährung möglich werden. Nach geltendem Recht kann nur entweder Arrest oder Jugendstrafe angeordnet werden. Arrest wird verhängt, wenn die Straftat nicht ausreichend schwer war. „Die vorgeschlagene Gesetzesänderung ermöglicht, lediglich Bewährungsstrafen auszusprechen aber jugendliche Straftäter gleichwohl durch einige Wochen Arrest erleben zu lassen, was eine Haftstrafe bedeutet. Damit wird jugendlichen Straftätern deutlich vor Augen geführt, welche Konsequenzen Gesetzesverstöße haben und möglicherweise das Abgleiten in die Kriminalität verhindert“, hofft die Jugendpolitikerin, die sich seit langem für den Warnschussarrest einsetzt. Nach ihren Angaben bestätigen Polizei und Richter auch in Thüringen, dass nicht die Quantität, sondern die Qualität der Straftaten jugendlicher zugenommen hat. Dies gelte insbesondere für Gewaltstraftaten.

Dr. Karl-Eckhard Hahn
Pressesprecher

Hausanschrift
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Telefon
0361 3772-205

Handy
0160 904 227 13

Telefax
0361 3772-520

E-Mail
pressestelle@cdu-landtag.de

<http://www.cdu-landtag.de>

